[redacted]

Büro der
Kreistagsvorsitzenden

Ergebnisniederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt, Gesundheit und Infrastruktur
(KUGI/XI-002/2021)
des Landkreises Darmstadt-Dieburg

am 15.09.2021, 15:03 Uhr bis 16:58 Uhr,
Kreistagssitzungssaal,
Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt

- - -

Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Bericht des Eigenbetriebs "Kreiskliniken"
2.	Vorbereitung der Kreistagssitzung
2.1.	Ankauf eines Geländes zur Errichtung eines Gefahrenabwehrzentrums Vorlage: 0436-2021/DaDi
2.2.	Ökomodell-Region Hessen Süd: Mehr Bio in der öffentlichen Essensversorgung – Antrag Grüne Vorlage: 0172-2021/DaDi
2.2.1.	Ökomodell-Region Hessen Süd: Mehr Bio in der öffentlichen Essensversorgung – Änderungsantrag Grüne Vorlage: 0581-2021/DaDi
2.3.	Maximaler Lärmschutz bei der ICE-Neubaustrecke und den Bestandsstrecken – Antrag SPD, CDU Vorlage: 0507-2021/DaDi
2.3.1.	Maximaler Lärmschutz bei der ICE-Neubaustrecke und den Bestandsstrecken – Änderungsantrag Grüne Vorlage: 0582-2021/DaDi
2.4.	Umwelt- und Klimaschutzkriterien bei kreiseigenen Gebäuden, hier: für das geplante Gefahrenabwehrzentrum Roßdorf/Gundernhausen – Antrag Grüne Vorlage: 0509-2021/DaDi

2.5.	Evaluierung und Aktualisierung von „KLIMA IM WANDEL Eine Strategie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels im Landkreis Darmstadt-Dieburg“ - Antrag Grüne Vorlage: 0510-2021/DaDi
2.6.	Aktualisierung der Bewertung zum Hochwasserschutz – Antrag FDP Vorlage: 0519-2021/DaDi
2.6.1.	Aktualisierung der Bewertung zum Hochwasserschutz – Änderungsantrag Grüne Vorlage: 0583-2021/DaDi
2.7.	Kriterien für die Ausbauplanung der B 45 zwischen Dieburg und Groß-Umstadt festlegen – Antrag FW/UWG Vorlage: 0531-2021/DaDi
2.8.	Kosten für Dienstwagen in der Landkreisverwaltung senken – Antrag FW/UWG Vorlage: 0532-2021/DaDi
2.9.	Einsatz von Diensträdern, Dienstpedelecs und ÖPNV-Dienstfahrkarten in der Verwaltung prüfen – Antrag FW/UWG Vorlage: 0533-2021/DaDi
3.	Kenntnisnahmen
3.1.	Umwelterklärung 2020 Da-Di-Werk Vorlage: 0060-2021/DaDi
3.2.	Informationsforum zum Abbau des KKW Biblis Wahl eines Mitglieds Wahl eines stv. Mitglieds Vorlage: 0195-2021/DaDi
3.3.	Unterhaltung und Instandsetzung der Kreisstraßen Vorlage: 0204-2021/DaDi
3.4.	Neue Themenseite für Kommunen zum Stand der Endlagersuche und Beteiligungsmöglichkeiten im Verfahren Vorlage: 0265-2021/DaDi
3.5.	K 183 Bauwerksinstandsetzungen Unterführung (UF) Semder Bach und Unterführung (UF) Mühlgraben bei Hergershausen Vorlage: 0307-2021/DaDi
3.6.	Teilnahme am Förderprogramm des Bundes für Lüftungsanlagen Vorlage: 0330-2021/DaDi
3.7.	Erneuerung der Lichtsignalanlage L 3113/ K 165/ Schneppenhäuser Straße bei Gräfenhausen Vorlage: 0412-2021/DaDi
3.8.	Vorplanung Radweg entlang der K 138 zwischen Waschenbach und Frankenhausen Vorlage: 0450-2021/DaDi
3.9.	Verkauf eines kreiseigenen Grundstücks in Fischbachtal, Ortsteil Steinau Vorlage: 0490-2021/DaDi
4.	Schulbauprojekte
5.	Mitteilungen und Anfragen

Anwesende	
Fraktion der SPD	
Frau Gül Karatas	
Herr Joachim Knoke	
Frau Stephanie Roth	
Herr Heinz Schwebel	
Frau Karin Spalt	
Fraktion der CDU	
Frau Ann-Katrin Brockmann	Vertreterin für Abg. Handschuh, Heiko bis TOP 2.3.1 (16:09 Uhr)
Frau Bürgermeisterin Claudia Lange	
Frau Dr. Cornelia Lietz	
Herr Fraktionsvorsitzender Maximilian Schimmel	
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Frau Susanne Hoffmann-Maier	Vertreterin für Abg. Huber, Annette
Frau Fraktionsvorsitzende Claudia Schlipf-Traup	Vertreterin für Abg. Thomaßen, Christiane
Herr Sander Schwick	
Fraktion der AfD	
Frau Fraktionsvorsitzende Bärbel van Dijk	
Fraktion der FDP	
Herr Aria Zahedi	vor TOP 1 (15:05 Uhr)
Fraktion der FW/UWG	
Herr Fraktionsvorsitzender Jörg Rupp	Vertreter für Abg. Münch, Ursula
Fraktion von Die Linke. und Klimaliste	
Frau Stefanie Heß	Beratendes Mitglied (§ 33 HKO i. V. m. § 62 Abs. 4 S. 2 HGO)
Kreistagspräsidium	
Herr Markus Crößmann	
Frau Kreistagsvorsitzende Dagmar Wucherpfennig	
Kreisausschuss	
Herr Erster Kreisbeigeordneter Lutz Köhler	
Frau Kreisbeigeordnete Angelika Dahms	
Herr Kreisbeigeordneter Marco Hesser	vor TOP 1 (15:08 Uhr) bis TOP 2.3.1 (16:08 Uhr)
Frau Kreisbeigeordnete Marita Keil	
Herr Kreisbeigeordneter Frank Klock	
Herr Kreisbeigeordneter Karl-Heinz Prochaska	ab TOP 1 (15:16 Uhr)
Herr Kreisbeigeordneter Christoph Zwickler	ab TOP 2.2 (15:49 Uhr)
Verwaltung	
Herr Christoph Dahmen	
Frau Nicole Hantsche	
Frau Elke Hofmann	
Frau Anne Jähn	
Herr Steffen Petry	
Herr Christian Schwab	

Abwesende
Fraktion der CDU
Herr Heiko Handschuh
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen
Frau Annette Huber
Frau Christiane Thomaßen
Fraktion der FW/UWG
Frau Ursula Münch

Stellvertretender Vorsitzender Knoke stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt, Gesundheit und Infrastruktur ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Gesundheit und Infrastruktur ist beschlussfähig.
3. **Stellvertretender Vorsitzender Knoke** verweist auf die aktualisierte Tagesordnung. Änderungswünsche dazu werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 1. Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt, Gesundheit und Infrastruktur wurden nicht erhoben.
5. Schriftführer ist Steffen Petry.

Protokoll
des öffentlichen Teils

Beschluss zu TOP 1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht des Eigenbetriebs "Kreiskliniken"**

Beschluss:

Herr Dahmen berichtet zum aktuellen Sachstand bei den Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Beschluss zu TOP 2.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Vorbereitung der Kreistagssitzung**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 2.1.

Vorlage-Nr.: 0436-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Ankauf eines Geländes zur Errichtung eines Gefahrenabwehrzentrums**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschlussvorschlag:

Das Flurstück Gemarkung Roßdorf, Flur 3 Nr. 448/5 mit einer Gesamtfläche von ca. 13.000 m² wird zur Errichtung eines Gefahrenabwehrzentrums zu einem Kaufpreis von 390.000,00 € erworben.

Dem Abschluss einer Nachzahlungsvereinbarung und der Bestellung einer Höchstbetragshypothek in Höhe von 5 Mill. EUR als Sicherheit zugunsten der Verkäufer im Grundbuch wird zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel stehen im Haushaltsplan des Jahres 2021 auf dem Produkt 1.02.03.01 (Brandschutz) und der Maßnahme 5.200018.500 (Bau Ausbildungszentrum / Atemschutzübung) haushaltsrechtlich zur Verfügung.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.02.03.01
Investitionsmaßnahme: 5.200018.500

Aufwendungen	2021	2022	2023
Sachkonto: 8050302	390.000,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	**2021**	**2022**	**2023**
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Abstimmungsergebnis:

☒ **einstimmig**

Zustimmung (Ja):	☒
Ablehnung (Nein):	☐
Enthaltung:	☐

Detailergebnis, wenn zutreffend	**Zustimmung (Ja):**	**Ablehnung (Nein):**	**Enthaltung:**
SPD	☐	☐	☐
CDU	☐	☐	☐
Grüne	☐	☐	☐
FDP	☐	☐	☐
AfD	☐	☐	☐
FW/UWG	☐	☐	☐
DLKl	☐	☐	☐
fraktionslos	☐	☐	☐

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.2.

Vorlage-Nr.: 0172-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Ökomodell-Region Hessen Süd: Mehr Bio in der öffentlichen Essensversorgung – Antrag Grüne**

Beschluss: **abgelehnt**

Stellvertretender Vorsitzender Knoke stellt fest, dass der Änderungsantrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen unter Tagesordnungspunkt 2.2.1 (Vorlage-Nr. 0581-2021/DaDi) den Ursprungsantrag ersetzt.

Nach ausführlicher Diskussion lässt **Stellvertretender Vorsitzender Knoke** sodann über den Änderungsantrag abstimmen. Er stellt nach der Abstimmung fest, dass der Ausschuss für Klima, Umwelt, Gesundheit und Infrastruktur diesen mehrheitlich ablehnt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg beschließt:

1. Im Landkreis Darmstadt-Dieburg soll der Anteil an ökologisch erzeugten Lebensmitteln in der öffentlichen Essensversorgung wie Schulmensen, Kantinen der Kreishäuser und Krankenhäuser sowie für Veranstaltungen, Feste und offizielle Anlässe für die der Kreis die Verantwortung trägt, bis 2030 soweit regional verfügbar auf 100% gesteigert werden.

2. Der Anteil an Fleisch und tierischen Produkten ist stufenweise zu reduzieren. Das Ziel soll eine Reduktion um 50 % bis 2030 sein.

3. Der Kreisausschuss wird beauftragt, einen Stufenplan zur Umsetzung zu erstellen, der dem Kreistag bis 31.10.2021 vorzulegen ist.

4. Als nächste Stufe zum gegenwärtigen Ist-Stand soll ein Anteil von 20%an ökologisch und regional erzeugten Produkten bis Ende 2022 erreicht werden.

5. Keine Mehrkosten für Mahlzeitenempfänger:innen in der Schulverpflegung. Gegebenenfalls anfallende Mehrkosten beim Einkauf der ökologisch erzeugten Produkte werden für die Mensen und Kantinen vom Landkreis finanziert.

6. Stehen bestimmte Lebensmittel nicht in Bio-Qualität aus Deutschland zur Verfügung, sind regionale Produkte zu bevorzugen. Lebensmittel, die nicht in Deutschland oder der EU angebaut oder hergestellt werden können, sind in Bio-Qualität und aus fairem Handel (z.B. Fair Trade, Gepa) einzukaufen und zu verwenden.

7. Darüber hinaus bietet der Landkreis Beratung für die Kitas und Betreuungseinrichtungen in den Kommunen an, mit dem Ziel auch hier den Anteil an ökologisch erzeugten Lebensmitteln (stufenweise) zu erhöhen und den Anteil an Fleisch zu reduzieren.

8. Dem Kreistag ist jährlich zum 31.01. beginnend im Jahr 2022, ein Monitoring-Bericht über die erreichten Ziele und mögliche Schwierigkeiten vorzulegen.

Beschluss zu TOP 2.2.1.

Vorlage-Nr.: 0581-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Ökomodell-Region Hessen Süd: Mehr Bio in der öffentlichen Essensversorgung – Änderungsantrag Grüne**

Beschluss: **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg beschließt:

1. Im Landkreis Darmstadt-Dieburg soll der Anteil an ökologisch erzeugten Lebensmitteln in der öffentlichen Essensversorgung in Schulmensen bis Ende 2022 soweit regional verfügbar auf 25% gesteigert werden. Neuausschreibung oder auslaufende Verträge bei einer Verlängerung sind entsprechend anzupassen.

2. In den Verträgen und Ausschreibungen soll ebenso festgelegt werden, dass so weit wie möglich regionale und saisonale Lebensmittel verwendet werden sollen.

3. Der Landrat wird gebeten, folgenden Auftrag mit der Bitte um schnellstmögliche Umsetzung in die Kreiskliniken GmbH einzubringen:

   a) Versuchsweise soll das Essensangebot täglich ein Fleischgericht und zwei fleischlose Gerichte beinhalten.
   b) Die Frühstückseier sollen mindestens zu 50 % aus biologischer, regionaler Landwirtschaft beschafft werden.
   c) Bei Tiefkühlgemüse, Nudeln, Kartoffeln und Reis ist der Anteil aus biologischer Erzeugung auf 20 % zu erhöhen.

4. Der Anteil an biologisch erzeugten Lebensmitteln soll in den beiden Kantinen des Landkreises ab 2022 auf 20 % erhöht werden.

5. Die beauftragten Dienstleistenden und das kreiseigene Personal sind auf die speziell für die Thematik angebotenen Beratungsmöglichkeiten des Landes Hessen im Rahmen der Ökomodell-Region Hessen hinzuweisen.

6. Der Kreisausschuss wird beauftragt dem Kreistag bis 28.02.2022 einen Plan zur Umsetzung und zum 28.02.2023 einen Monitoring-Bericht zur Umsetzung, zur Resonanz der Essenden und zu möglichen Schwierigkeiten vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	☐ **einstimmig**
Zustimmung (Ja):	☐
Ablehnung (Nein):	☐
Enthaltung:	☐

Detailergebnis, wenn zutreffend	**Zustimmung (Ja):**	**Ablehnung (Nein):**	**Enthaltung:**
SPD	☐	☒	☐
CDU	☐	☒	☐
Grüne	☒	☐	☐
FDP	☐	☒	☐
AfD	☐	☒	☐
FW/UWG	☒	☐	☐
DLKl	☐	☐	☐
fraktionslos	☐	☐	☐

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.3.

Vorlage-Nr.: 0507-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Maximaler Lärmschutz bei der ICE-Neubaustrecke und den Bestandsstrecken – Antrag SPD, CDU**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Stellvertretender Vorsitzender Knoke lässt zunächst über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen abstimmen und stellt nach der Abstimmung fest, dass der Ausschuss für Klima, Umwelt, Gesundheit und Infrastruktur diesen mehrheitlich ablehnt.

Stellvertretender Vorsitzender Knoke lässt sodann über den Ursprungsantrag von SPD und CDU abstimmen und stellt nach der Abstimmung fest, dass diesem einstimmig zugestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg befürwortet die Forderung seiner betroffenen Städte und Gemeinden gegenüber der Deutschen Bahn beim Einsatz für einen maximalen, übergesetzlichen Lärmschutz entlang der ICE-Neubaustrecke Frankfurt – Mannheim und den Bestandsstrecken.

Für folgende Punkte soll sich der Kreisausschuss besonders einsetzen:

1. Die Deutsche Bahn wird aufgefordert, einen übergesetzlichen Lärmschutz entlang der ICE-Neubaustrecke herzustellen. Geeignete Lärmschutzmaßnahmen, beispielsweise eine Kompletteinhausung (Tunnel oder Trog mit Deckel) der Neubaustrecke auf Höhe der Wohnbebauung ist anzustreben. Dies gilt vor allem für die Bereiche Erzhausen, Gräfenhausen, Weiterstadt, Griesheim, Pfungstadt-Eschollbrücken, Pfungstadt-Hahn und Alsbach-Hähnlein.

2. Die betroffenen Bestandsstrecken, vor allem in Weiterstadt, müssen mit dem höchstmöglichen Lärmschutz – analog den gesetzlichen Anforderungen für Neubaustrecken – ausgestattet werden. Die Lärmbelastung für die Anwohnerinnen und Anwohner darf nicht gegenüber heute steigen.

3. Die geplanten Eingriffe in Feld, Wald und Natur müssen durch die Deutsche Bahn so gering wie möglich gehalten werden. Ausgleichsmaßnahmen sollen ortsnah durch die Aufforstung und Renaturierung von Wald- und Wiesenflächen erfolgen. Ackerflächen bleiben davon unberührt. Zudem sollen auch Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinien Berücksichtigung finden.

4. Die betroffenen Kommunen werden durch den Landkreis gegenüber der Deutschen Bahn und höheren politischen Entscheidungsgremien in ihren Anliegen unterstützt.

Abstimmungsergebnis:

☒ **einstimmig**

Zustimmung (Ja):	☒
Ablehnung (Nein):	☐
Enthaltung:	☐

Detailergebnis, wenn zutreffend	**Zustimmung (Ja):**	**Ablehnung (Nein):**	**Enthaltung:**
SPD	☐	☐	☐
CDU	☐	☐	☐
Grüne	☐	☐	☐
FDP	☐	☐	☐
AfD	☐	☐	☐
FW/UWG	☐	☐	☐
DLKl	☐	☐	☐
fraktionslos	☐	☐	☐

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.3.1.

Vorlage-Nr.: 0582-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Maximaler Lärmschutz bei der ICE-Neubaustrecke und den Bestandsstrecken – Änderungsantrag Grüne**

Beschluss: **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

3. Die geplanten Eingriffe in Feld, Wald und Natur müssen durch die Deutsche Bahn so gering wie möglich gehalten werden. Ausgleichsmaßnahmen sollen *auch in Abstimmung mit den Naturschutzverbänden* ortsnah durch die Aufforstung und Renaturierung von Wald- und Wiesenflächen *sowie Entsiegelung von Flächen* erfolgen. Ackerflächen bleiben davon unberührt. Zudem sollen auch Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinien Berücksichtigung finden.

Abstimmungsergebnis:

☐ **einstimmig**

Zustimmung (Ja): ☐
Ablehnung (Nein): ☐
Enthaltung: ☐

Detailergebnis, wenn zutreffend	**Zustimmung (Ja):**	**Ablehnung (Nein):**	**Enthaltung:**
SPD	☐	☒	☐
CDU	☐	☒	☐
Grüne	☒	☐	☐
FDP	☐	☒	☐
AfD	☐	☒	☐
FW/UWG	☒	☐	☐
DLKl	☐	☐	☐
fraktionslos	☐	☐	☐

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.4.

Vorlage-Nr.:	0509-2021/DaDi
Aktenzeichen:	
Betreff:	**Umwelt- und Klimaschutzkriterien bei kreiseigenen Gebäuden, hier: für das geplante Gefahrenabwehrzentrum Roßdorf/Gundernhausen – Antrag Grüne**
Beschluss:	**erledigt**

Abg. Karatas (SPD) beantragt, den Antrag für erledigt zu erklären.

Stellvertretender Vorsitzender Knoke lässt darüber abstimmen, den Antrag für erledigt zu erklären. Er stellt nach der Abstimmung fest, dass der Antrag mit Stimmen der SPD, der CDU, der FDP, der AfD und bei Ablehnung von Bündnis 90/Die Grünen sowie der FW/UWG für erledigt erklärt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, bei der Planung und Umsetzung des Gefahrenabwehrzentrums Roßdorf/Gundernhausen Kriterien des ressourcenschonenden und klimaneutralen Bauens, der Energieeffizienz und der Emissionsminderung sowie Regenwassernutzung anzuwenden. Mindeststandards sollen die in den Leitlinien zum nachhaltigen Bauen relevanten vereinbarten Grundsätze zur Anpassung an den Klimawandel sein.

Darüber hinaus sind aktuelle Erkenntnisse zu vorbeugenden Maßnahmen gegen Hochwasser und Starkregenereignisse einzubeziehen.

Beschluss zu TOP 2.5.

Vorlage-Nr.: 0510-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Evaluierung und Aktualisierung von „KLIMA IM WANDEL Eine Strategie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels im Landkreis Darmstadt-Dieburg“ - Antrag Grüne**

Beschluss: **zurückgestellt**

Erster Kreisbeigeordneter Köhler schlägt im Auftrag von **Landrat Schellhaas** vor, den Antrag bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt, Gesundheit und Infrastruktur zurückzustellen. **Herr Rinnenbach** und **Herr Czak** vom Klimaschutzmanagement werden in der Sitzung zum Sachstand des Klimaschutzes im Landkreis Darmstadt-Dieburg berichten.

Stellvertretender Vorsitzender Knoke stellt zu dieser Verfahrensweise das Einvernehmen des Ausschusses für Klima, Umwelt, Gesundheit und Infrastruktur fest.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg beschließt:

1. Das von 2012-2013 erarbeitete Konzept zur Anpassung an die Folgen zum Klimawandel soll evaluiert werden insbesondere im Hinblick auf die Fragen:
   - Welche der vorgeschlagenen Maßnahmen sind oder werden umgesetzt?
   - Warum wurden bestimmte Maßnahmen nicht umgesetzt?
   - Welche Probleme treten bei der Umsetzung auf?
   - Welche Möglichkeiten gibt es, diese Probleme zu lösen?

2. Im nächsten Schritt soll erarbeitet werden, wie das Konzept an die neuen Erkenntnisse der Wissenschaft und in Bezug auf die Erfahrungen aus den letzten Jahren zu den bereits eingetretenen Folgen des Klimawandels angepasst werden muss.

3. Die Kommunen sollen nach Möglichkeit in die Evaluierung und Weiterentwicklung des Konzeptes eingebunden werden.

4. Fördermittel von EU, Bund und Land sind zur Finanzierung des Konzeptes zu eruieren und gegebenenfalls auszuschöpfen.

Beschluss zu TOP 2.6.

Vorlage-Nr.: 0519-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Aktualisierung der Bewertung zum Hochwasserschutz – Antrag FDP**

Beschluss: **zurückgestellt**

Abg. Zahedi (FDP) schlägt vor, die Anträge zu den Tagesordnungspunkten 2.6 und 2.6.1 zurückzustellen, bis die Ergebnisse der geplanten Veranstaltung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Landkreises Darmstadt-Dieburg zum Thema Hochwasserschutz am 28.01.2022 vorliegen.

Stellvertretender Vorsitzender Knoke stellt zu dieser Verfahrensweise das Einvernehmen des Ausschusses für Klima, Umwelt, Gesundheit und Infrastruktur fest.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, die Hochwasserschutzmaßnahmen und Hochwasservorsorgepläne für das Gebiet des Landkreises Darmstadt-Dieburg zu überprüfen und gegebenenfalls zu aktualisieren. Das Projekt des Landkreises „Anpassungen an den Klimawandel (2010)“ ist insbesondere im Bereich der Hochwasserereignisse zu überarbeiten. Die Hinweise zu den Alarmierungsverfahren sind auf den neuesten Stand zu bringen.
Für die Liegenschaften des Landkreises, insbesondere Schulen in den potenziellen Überschwemmungsgebieten, sind gesonderte Schutz- und Alarmierungspläne vorzulegen.

Beschluss zu TOP 2.6.1.

Vorlage-Nr.:	0583-2021/DaDi
Aktenzeichen:	
Betreff:	**Aktualisierung der Bewertung zum Hochwasserschutz – Änderungsantrag Grüne**
Beschluss:	**zurückgestellt**

Beschlussvorschlag:

Für *Infrastruktureinrichtungen, in denen sich besonders schutzbedürftige Personen aufhalten, wie bspw. Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sind in den potentiellen Überschwemmungsgebieten* gesonderte Schutz- und Alarmierungspläne vorzulegen.

Beschluss zu TOP 2.7.

Vorlage-Nr.: 0531-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Kriterien für die Ausbauplanung der B 45 zwischen Dieburg und Groß-Umstadt festlegen – Antrag FW/UWG**

Beschluss: **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg wird beauftragt, bei der Planung des Ausbaus der B 45 zwischen Dieburg und Groß-Umstadt-Wiebelsbach folgende Kriterien zugrunde zu legen:

1. Der Ausbau der Bundesstraße muss so umwelt-, natur- und ressorucenschonend wie möglich ausgeführt werden.

2. Es wird ein minimaler Flächenverbrauch erreicht. Die Eingriffe sowohl in landwirtschaftlich genutzte Flächen als auch in dem Naturschutz gewidmete Flächen sind so klein wie nur möglich zu halten.

3. Die B 45 wird auf maximal drei Fahrstreifen zzgl. Abbiegespuren und einen Fahrradweg ausgeweitet, der in beide Fahrtrichtungen genutzt werden kann.

4. Für die Knotenpunkte wie das "Semder Kreuz" oder die Zubringer in die Groß-Umstädter Gewerbegebiete ist zu prüfen und dem Kreistag darzulegen, inwieweit durch intelligente Ampelschaltungen der Stau im Berufsverkehr verringert oder vermieden werden kann. Hierzu ist insbesondere zu prüfen, ob an den betroffenen Knotenpunkten computergestützte Vorrangschaltungen für den Geradeausverkehr (längere Grünphasen) derart möglich sind, dass morgens der Verkehr Richtung Dieburg und nachmittags Richtung Odenwald verflüssigt wird. Es ist zu prüfen, inwieweit Kreisel statt der Lichtsignalanlagen eingesetzt werden können, um den Verkehrsfluss zu verbessern. Der Kreisausschuss hat bei Bund und Land darauf zu drängen, dass diese Lösungen zeitnah geprüft und ggf. realisiert werden, bevor der Ausbau der Bundesstraße beschlossen ist.

5. Der Kreisausschuss beauftragt (im Idealfall gemeinsam mit dem Odenwaldkreis) eine umfassende und fundierte wissenschaftliche Untersuchung, in der rechtzeitig vor dem Abschluss der Planungen für den Ausbau der B 45 im genannten Streckenabschnitt dargelegt wird, mit welchen Maßnahmen der motorisierte Individualverkehr, insbesondere der Pendlerverkehr auf der B 45 dauerhaft reduziert werden kann und legt diese dem Kreistag vor.

6. Der Kreisausschuss wird beauftragt, rechtzeitig vor dem Abschluss der Planungen für den Ausbau der B 45 im genannten Streckenabschnitt eine Konzeption für den Ausbau des ÖPNV-Angebotes inklusive der Odenwaldbahn vorzulegen, durch den ein Teil des Pendlerverkehrs aus dem Odenwaldkreis vermieden werden kann.

Abstimmungsergebnis:

	☐ **einstimmig**
Zustimmung (Ja):	☐
Ablehnung (Nein):	☐
Enthaltung:	☐

Detailergebnis, wenn zutreffend	**Zustimmung (Ja):**	**Ablehnung (Nein):**	**Enthaltung:**
SPD	☐	☒	☐
CDU	☐	☒	☐
Grüne	☒	☐	☐
FDP	☐	☒	☐
AfD	☐	☒	☐
FW/UWG	☒	☐	☐
DLKl	☐	☐	☐
fraktionslos	☐	☐	☐

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.8.

Vorlage-Nr.: 0532-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Kosten für Dienstwagen in der Landkreisverwaltung senken – Antrag FW/UWG**

Beschluss: **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Ausstattung von Landrat, hauptamtlichen Kreisbeigeordneten und Führungskräften der Eigenbetriebe mit Dienstwagen wird künftig derart geregelt, dass mindestens eine Stufe niedriger in der betreffenden Wagenklasse erreicht wird. Außerdem ist künftig die Beschaffung von Autos mit Elektroantrieb der Regelfall. Die Beschaffung von Verbrennern ist dementsprechend, z.B. beim Bedarf für Langstreckenfahrten, als Ausnahmefall zu begründen und mit der Möglichkeit der Nutzung alternativer Verkehrsmittel, insbesondere der Bahn, hinsichtlich der Kosten und der CO2-Bilanz abzugleichen. Die Zahl der Dienstfahrzeuge im Fuhrpark des Landkreises Darmstadt-Dieburg ist einer Prüfung zu unterziehen. Die Ergebnisse sind dem Kreistag vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

☐ **einstimmig**

Zustimmung (Ja): ☐
Ablehnung (Nein): ☐
Enthaltung: ☐

Detailergebnis, wenn zutreffend	**Zustimmung (Ja):**	**Ablehnung (Nein):**	**Enthaltung:**
SPD	☐	☒	☐
CDU	☐	☒	☐
Grüne	☒	☐	☐
FDP	☐	☒	☐
AfD	☐	☒	☐
FW/UWG	☒	☐	☐
DLKl	☐	☐	☐
fraktionslos	☐	☐	☐

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.9.

Vorlage-Nr.:	0533-2021/DaDi
Aktenzeichen:	
Betreff:	**Einsatz von Diensträdern, Dienstpedelecs und ÖPNV-Dienstfahrkarten in der Verwaltung prüfen – Antrag FW/UWG**
Beschluss:	**erledigt**

Abg. Schimmel (CDU) beantragt, den Antrag für erledigt zu erklären.

Stellvertretender Vorsitzender Knoke lässt darüber abstimmen, den Antrag für erledigt zu erklären. Er stellt nach der Abstimmung fest, dass der Antrag mit Stimmen der SPD, der CDU, der FDP, der AfD und bei Ablehnung von Bündnis 90/Die Grünen sowie der FW/UWG für erledigt erklärt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, zu prüfen, wo und inwieweit in der Kreisverwaltung Dienstfahrzeuge durch Fahrräder, Pedelecs, e-Bikes oder Dienstfahrkarten für den ÖPNV ersetzt werden können, sowie in welchen Bereichen der Umstieg auf Autos mit Elektroantrieb möglich und sinnvoll ist. Die Beschaffung von Autos mit Elektroantrieb ist künftig der Regelfall. Die Beschaffung von Verbrennern ist, z.B. beim Bedarf für Langstreckenfahrten, als Ausnahmefall zu begründen und mit der Möglichkeit der Nutzung alternativer Verkehrsmittel, insbesondere der Bahn, hinsichtlich der Kosten und der CO2-Bilanz abzugleichen. Die Zahl der Dienstfahrzeuge ist einer Prüfung zu unterziehen. Die Ergebnisse sind dem Kreistag vorzustellen und zu begründen. Die Ausstattung aller Beschäftigten des Landkreises mit einer für diese kostenfreien ÖPNV-Karte ist zu prüfen.

Beschluss zu TOP 3.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Kenntnisnahmen**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 3.1.

Vorlage-Nr.: 0060-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Umwelterklärung 2020 Da-Di-Werk**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Abg. Schwick (Grüne) regt in Bezug auf die Umwelterklärung 2020 an, den Abbau von Torf durch den Landkreis Darmstadt-Dieburg zeitnah einzustellen und als Ersatz eigener Kompost eingesetzt werden soll.

Von der im Rahmen der EMAS-Revalidierung erstellten „Umwelterklärung 2020“ des Da-Di-Werkes Betriebszweig Umweltmanagement wird Kenntnis genommen.

Beschluss zu TOP 3.2.

Vorlage-Nr.: 0195-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Informationsforum zum Abbau des KKW Biblis**
Wahl eines Mitglieds
Wahl eines stv. Mitglieds

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wählt zur Bildung oder Ergänzung des im Betreff genannten Organs:

- 1 Mitglied
- 1 stv. Mitglied

Vorschlagsberechtigung:
- Kreisausschuss

Voraussetzungen:
- passives Wahlrecht

Dauer der Wahlzeit:
- bis zum 31.03.2026

Rechtsgrundlage:
- Beschluss des Hessischen Landtages vom 02.04.2014

Wahlvorschläge:

	Mitglied	**stv. Mitglied**
1.	Kemper, Sandra	*Nodes, Manfred*

Beschluss zu TOP 3.3.

Vorlage-Nr.: 0204-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Unterhaltung und Instandsetzung der Kreisstraßen**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschluss:

Im Rahmen der bestehenden „Vereinbarung zur Übertragung von Verwaltungs-, Betriebs- und Unterhaltungsaufgaben an Kreisstraßen des Landkreises Darmstadt-Dieburg auf das Land Hessen“ werden nach Angaben von Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement für das Jahr 2021 voraussichtlich Kosten in Höhe von 324.800 € für anfallenden Direktaufwand entstehen. Der vorgelegten Aufstellung (siehe Anlage) wird zugestimmt.

Die Mittel von 324.800 € stehen im Haushaltsplan 2021 auf dem Produkt 1.12.01.01 (Kreisstraßen) und dem Sachkonto 6165000 (Instandhaltung Sachanlagen, Infrastrukturvermögen) haushaltsrechtlich zur Verfügung.

Die aufgeführten Maßnahmen sind zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit erforderlich. Es handelt sich daher um Maßnahmen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung im Sinne des § 99 HGO.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.12.01.01 (Kreisstraßen)
Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2021	2022	2023
Sachkonto: 6165000	324.800,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	**2021**	**2022**	**2023**
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Beschluss zu TOP 3.4.

Vorlage-Nr.: 0265-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Neue Themenseite für Kommunen zum Stand der Endlagersuche und Beteiligungsmöglichkeiten im Verfahren**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas gibt zur Kenntnis:

Es gibt ein neues Informationsangebot für Kommunen des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE):
Auf der Infoplattform zur Endlagersuche befindet sich ab sofort eine Themenseite für kommunale Vertreter:innen. Hier wurden die aktuellen Entwicklungen zum Suchverfahren und relevantes Hintergrundwissen gebündelt. Die Themenseite bietet einen zentralen Ort, um sich schnell und zielgerichtet einen Überblick über den Stand der Endlagersuche und die anstehenden Beteiligungsmöglichkeiten zu verschaffen.

Der Link zur Themenseite lautet: https://www.endlagersuche-infoplattform.de/kommunen-info

In der Anlage befindet sich ein Schreiben des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) zusammen mit aktualisierten Informationen zum Stand der Endlagersuche und den Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten.

Beschluss zu TOP 3.5.

Vorlage-Nr.: 0307-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **K 183 Bauwerksinstandsetzungen Unterführung (UF) Semder Bach und Unterführung (UF) Mühlgraben bei Hergershausen**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschluss:

Der Auftrag zur Instandsetzung der Bauwerke UF Semder Bach und UF Mühlgraben im Zuge der K 183 wird der Firma
Jean Bratengeier Baugesellschaft mbH, Dreieich, zum Angebotspreis von

211.034,58 €

erteilt.

Die erforderlichen Mittel stehen im Haushaltsplan des Jahres 2021 auf dem Produkt 1.12.01.01 (Kreisstraßen) und dem Sachkonto 6165000 (Instandhaltung Sachanlagen, Infrastrukturvermögen) haushaltsrechtlich zur Verfügung. Die Maßnahme ist zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit erforderlich.
Es handelt sich daher um eine Maßnahme im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung im Sinne des § 99 HGO.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.12.01.01 (Kreisstraßen)
Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2021	2022	2023
Sachkonto: 6165000	211.034,58 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	**2021**	**2022**	**2023**
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Beschluss zu TOP 3.6.

Vorlage-Nr.: 0330-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Teilnahme am Förderprogramm des Bundes für Lüftungsanlagen**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschluss:

Die Betriebskommission stimmt der Teilnahme am Förderprogramm „Bundesförderung Corona-gerechte stationäre raumlufttechnischen Anlagen“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie durch das Da-Di-Werk Gebäudemanagement zu. Der Liste der teilnehmenden Schulen (Anlage 1) wird grundsätzlich zugestimmt.

Es werden Lüftungsanlagen in Klassenräume der Priorität 1 **und** 2 eingebaut.

Die Finanzierung erfolgt in 2021 im Vermögensplan zunächst aus "Baukosten Schulen allgemein". Im WP 2022 ist eine Darstellung im Vermögensplan als separate Budgets (Ausgaben + Einnahmen) vorgesehen.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: Vermögensplan allg.
Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2021	2022	2023
Sachkonto: 8000	200.000,00 EUR	6.150.000,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	**2021**	**2022**	**2023**
Sachkonto:	160.000,00 EUR	4.920.000,00 EUR	0,00 EUR

Beschluss zu TOP 3.7.

Vorlage-Nr.: 0412-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Erneuerung der Lichtsignalanlage L 3113/ K 165/ Schneppenhäuser Straße bei Gräfenhausen**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschluss:

Der Auftrag zur Erneuerung der Lichtsignalanlage am Knotenpunkt L 3113/ K 165/ Schneppenhäuser Straße bei Weiterstadt, Stadtteil Gräfenhausen wird der **Firma Stührenberg GmbH** erteilt.

Der Kostenanteil des Landkreises Darmstadt-Dieburg beträgt **32.107,53 € (inkl. Mwst.).**

Die erforderlichen Mittel stehen im Haushaltsplan des Jahres 2021 auf dem Produkt 1.12.01.01 (Kreisstraßen) unter der Maßnahme „Erneuerung Lichtsignalanlagen“ mit 20.000 € haushaltsrechtlich zur Verfügung. Der Restbetrag steht im Rahmen des Budgets in Form eines Haushaltsrestes haushaltsrechtlich zur Verfügung.

Die Erneuerung der Lichtsignalanlage ist aus Verkehrssicherheitsgründen erforderlich, es handelt sich daher um eine Maßnahme im Sinne des § 99 HGO.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.12.01.01. (Kreisstraßen)
Investitionsmaßnahme: 5.12.0003.500 Erneuerung Lichtsignalanlagen

Aufwendungen	2021	2022	2023
Sachkonto: 8050310	32.107,53 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	**2021**	**2022**	**2023**
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Beschluss zu TOP 3.8.

Vorlage-Nr.: 0450-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Vorplanung Radweg entlang der K 138 zwischen Waschenbach und Frankenhausen**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschluss:

Der Auftrag zur Grundlagenermittlung und Vorplanung (Leistungsphasen 1 und 2) zum Neubau eines Radwegs entlang der K 138 zwischen Waschenbach und Frankenhausen wird gemäß der bestehenden Vereinbarung zur Übertragung von Planungs- und Bauleistungen auf das Land Hessen Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement erteilt.
Laut vorliegendem Honorarangebot belaufen sich die Kosten hierfür auf insgesamt **68.430 €**.

Die erforderlichen Mittel stehen im Haushaltsplan des Jahres 2021 auf dem Produkt 1.12.01.01 (Kreisstraßen) und dem Sachkonto 6120000 (Entwicklungs-, Versuchs-, Konstruktionsarbeiten durch Dritte) haushaltsrechtlich zur Verfügung.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.12.01.01 (Kreisstraßen)
Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2021	2022	2023
Sachkonto: 6120000	68.430,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	**2021**	**2022**	**2023**
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Beschluss zu TOP 3.9.

Vorlage-Nr.: 0490-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Verkauf eines kreiseigenen Grundstücks in Fischbachtal, Ortsteil Steinau**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschluss:

Dem Verkauf einer kreiseigenen Teilfläche von ca. 108 m² des Grundstücks Gemarkung Steinau, Flur 2, Nr. 17 zu einem Quadratmeterpreis von 30 € wird zugestimmt. Es handelt sich um eine Teilfläche der Straßenparzelle der Kreisstraße (K 71).

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.12.01.01 (Kreisstraßen)
Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2021	2022	2023
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	**2021**	**2022**	**2023**
Sachkonto: 5910099	3.240,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Beschluss zu TOP 4.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Schulbauprojekte**

Beschluss:

Stellvertretender Vorsitzender Knoke stellt fest, dass kein Bericht zu Schulbauprojekten vorliegt.

Beschluss zu TOP 5.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Mitteilungen und Anfragen**

Beschluss:

Es liegen keine Mitteilungen und Anfragen vor.

Stellvertretender Vorsitzender Knoke schließt die Sitzung um 16:58 Uhr.

- - -

Ende der Niederschrift

- - -

Darmstadt, den 17. September 2021

Für die Ausfertigung

gez. Joachim Knoke
Joachim Knoke
Stellvertretender Vorsitzender

gez. Steffen Petry
Steffen Petry
Schriftführer